

FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

Unternehmenssteuerreform III	2	Jungfreisinnige	6/7	Delegiertenversammlung	12/13	Positionspapier	17
Neue Pins	3	Unter Freisinnigen	11	Leidenschaft in der Politik	16	Abstimmungen	18/19/20/21

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

EU-Politikerin in der Schweiz

Anlässlich des Europatages besuchte mit Silvana Koch-Mehrin auch eine EU-Abgeordnete Bern. Beim anschliessenden Austausch mit Carmen Walker Späh, Christa Markwalder und Claudine Esseiva diskutierten die FDP-Frauen über gemeinsame Herausforderungen und tauschten Erfahrungen aus.

Seite 5

Angriff von allen Seiten

Der Schweizer Finanzplatz steht unter Druck. Diskussionen um den automatischen Steueraustausch sind an der Tagesordnung, neue Abkommen mit unterschiedlichen Ländern werden laufend ausgehandelt. Die FDP bleibt in dieser hektischen Situation ruhig und steht zu ihren Forderungen zur Weissgeldstrategie aus den Jahren 2009 und 2010. Für einen sauberen und starken Finanzplatz Schweiz.

Seite 11

Bewährtes nicht aufs Spiel setzen

Soll das Volk den Bundesrat direkt wählen? Oder droht so ein Dauerschlachtkampf, eine Regierung, die sich nur um die eigene Wiederwahl kümmert? Mit grossem Mehr sprachen sich die Delegierten in Baden gegen die Volkswahl aus. Eine Auffassung, die auch unsere Parlamentarier teilen.

Seiten 20 und 21

Erfolgsmodell Schweiz sichern

Den Herausforderungen begegnen – mit Mut und Verstand

An der Delegiertenversammlung in Baden verabschiedete die FDP ihren «Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik». Mit den darin aufgestellten 12 Forderungen will die FDP der Besorgnis und dem Unmut der Schweizer Bevölkerung über den Zuwachs der ausländischen Bevölkerung begegnen. Insbesondere soll die Zuwanderung aus Drittstaaten begrenzt werden, um die Akzeptanz der Schweizerinnen und Schweizer für die Personenfreizügigkeit hochzuhalten. Denn die Personenfreizügigkeit ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz entscheidend, und ihre Bedeutung muss laufend betont werden.

Um das Erfolgsmodell Schweiz zu bewahren und auch in Krisenzeiten wirtschaftlich top zu sein, ist es für uns zentral, den sozialistischen Forderungen, wie sie in verschiedenen Volksinitiativen von Links aufgestellt werden, eine klare Absage zu erteilen. Neid ist ein schlechter Ratgeber, und die sozialistische Umverteilung trifft am Schluss die Schwächsten der Gesellschaft. Durch staatlich festgelegte Maximal- oder Minimallohne wird das traditionelle Zusammenspiel zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden gestört. Es droht eine höhere



«Nationalisten und linke Umverteiler nehmen unser Land mit ihren Vorschlägen in die Zange. Nutzen wir das als liberale Chance: Stellen wir dem unsere eigenen Vorstellungen einer freiheitlichen, auf Leistung und Verantwortung basierenden Schweiz gegenüber – aus Liebe zu unserem Land.» Parteipräsident Philipp Müller spricht in Baden zu den Delegierten.

Arbeitslosigkeit – von der schlussendlich vor allem Personen mit geringer Ausbildung oder Arbeitserfahrung, Junge, Immigranten oder Wiedereinsteiger am stärksten betroffen sind.

Es gilt den Herausforderungen unserer Zeit entschieden entgegenzutreten. Mit klaren Forderungen zur Lösung der Einwanderungsproblema-

tik, mit klaren Absagen an sozialistische Umverteilungsbestrebungen, mit einem deutlichen Bekenntnis zum Liberalismus. Mit leidenschaftlichen Politikerinnen und Politikern.

- › Neid ist ein schlechter Ratgeber Seiten 14 bis 15
- › Leidenschaft in der Politik Seite 16
- › Positionspapier Seite 17

Unternehmenssteuerreform III

Plädoyer für eine eigene Lösung in der Unternehmenssteuerdebatte

Die Schweiz ist keine Insel, sondern wirtschaftlich, kulturell und politisch Teil Europas. Daher versuchen die EU und andere Staaten uns bei der Definition unseres Steuersystems gewisse Prinzipien aufzudrängen. Doch wir wollen unser Steuerrecht auch zukünftig autonom gestalten! Mittlerweile ist es acht Jahre her, dass der Konflikt um das kantonale Steuerregime entbrannt ist – und bis heute ist die Schweizer Unternehmensbesteuerung auf politischer und wettbewerblicher Ebene unter einmal kleinerem und dann wieder grösserem internationalem Druck.

Martin Schmid, Ständerat GR

Die Schweiz ist als Unternehmensstandort nach wie vor attraktiv, aber die Vorteile gegenüber anderen Staaten sind in letzter Zeit deutlich kleiner geworden. Im Bereich der Steuern sehen wir uns dabei von zwei Entwicklungen unter Druck gesetzt. Einerseits schwebt die internationale Kritik aus der EU über den kantonalen Steuerregimes und gleichzeitig strebt die EU eine Anwendung ihrer Grundsätze des Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung auch durch Drittstaaten an. Das hat negative Auswirkungen auf die Investitionssicherheit.

Andererseits steigt der internationale Standortwettbewerb im Bereich der Unternehmensbesteuerung – trotz Harmonisierungsbemühungen internationaler Organisationen und trotz der Finanzkrise.

Unternehmenssteuerpolitik als Teil einer gesamtheitlichen Standortpolitik

Der Wohlstand der Schweiz basiert stark darauf, dass wir ein wettbewerbsfähiger Standort für Unternehmen sind und bleiben. Vor diesem Hintergrund muss die Standortförderung eine zentrale Aufgabe von Bund und Kantonen sein. Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz gehören dabei sicherlich eine zentrale Lage, modernste und zuverlässige Infrastruktur, ein offener Arbeitsmarkt, herausragende Bildungsstätten, ein duales Bildungssystem – und ein attraktives Steuersystem für Unterneh-



«Der Wohlstand der Schweiz basiert stark darauf, dass wir ein wettbewerbsfähiger Standort für Unternehmen sind und bleiben.» Ständerat Martin Schmid.

men und natürliche Personen sowie Rechtssicherheit. Wir brauchen ein im internationalen Umfeld wettbewerbsfähiges Steuersystem!

Eckpfeiler einer Politik zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Aus dieser Ausgangslage können wir die Eckpfeiler herausarbeiten, die wir brauchen, um unsere Stärken im

Standortwettbewerb zu erhalten und auszubauen. Die Schweiz als Innovationsstandort muss gefördert werden, hochqualifizierte Arbeitskräfte sind einer unserer wichtigsten Rohstoffe. Ebenso muss der Standort Schweiz als Sitz von Unternehmensleitungen und zentralen Konzernfunktionen gestärkt und nicht geschwächt werden. Überdies ist auch die Förderung der Schweiz als Werk- und Finanzdienstleistungsplatz notwendig – eine nachhaltige Führungsrolle sowohl für den Bildungsstandort, wie auch den Arbeitsmarkt sind wichtige Pfeiler von Standortattraktivität.

Aus rein steuerpolitischer Sicht müssen folgende Schwerpunkte gesetzt werden: ein neues Steuerregime muss so aufgebaut sein, dass es international konkurrenzfähig und nicht angreifbar ist sowie aus innenpolitischer Sicht möglichst das Steuersubstrat sichert. Ein verändertes Steuersystem muss auch den Bedürfnissen der Kantone gerecht werden. Ein Ansatz liegt darin, zumindest gegenüber der EU das System privilegiert besteuert Gesellschaften durch neue, innovative und wettbewerbsfähige Besteuerungsformen abzulösen und den Kantonen im Bereich der Massgeblichkeit mehr Flexibilität

einzuräumen. In jedem Fall sollen die Steuervorteile möglichst allen Unternehmen zugänglich sein.

Der kantonale Steuerwettbewerb als ein zentrales Element unseres föderalistischen Staates und wichtiger Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist unbedingt zu verteidigen. Nicht zuletzt ist es von grosser Bedeutung, dass alle Eckpfeiler die steuerpolitische Verlässlichkeit der Schweiz nachhaltig sicherstellen. Bestehende, inländische Standorthindernisse wie die Emissionsabgabe müssen – und davon redet man schon seit Jahrzehnten – endlich abgeschafft werden.

Die Lösung: eine Reformstrategie unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen

Eine Lösung der Steuerdebatte muss das internationale Umfeld beachten. Den EU-Verhaltenskodex kann unser Land nicht übernehmen, wenn wir wettbewerbsfähig und souverän bleiben wollen. Wir brauchen eine eigene Lösung: Erlauben wir grosszügig in der EU akzeptierte Steuermodelle, sofern sie für uns Sinn machen. So passen wir uns gezielt und ohne exorbitante Steuerausfälle an. Verabschieden wir uns zudem von der Hoffnung, dass Steuergesetze Jahrzehnte gelten und wir mit einer Reform unangreifbar werden. Im brutalen Steuerwettbewerb werden wir uns künftig schneller und schlauer anpassen müssen. Sichern wir nicht mit starren Gesetzen, sondern der Gewissheit tieferer Steuern als unsere Konkurrenten unsere Arbeitsplätze!

Neue Pins

Ein liberaler Blickfang

Ab Ende Mai sind sie bestellbar: die neuen Pins der FDP. Immer noch dezent, aber doch klar als unser Logo erkennbar, sind die neuen Pins das Must-have für alle FDP-Politikerinnen und -Politiker.

Der neue Pin der FDP kommt schlicht, aber elegant daher. Unser Logo auf silbernem Grund, in einer angenehmen Grösse – der neue Pin ist der optimale Schmuck, um sich als FDP-Mitglied zu zeigen. Nach dem bisherigen 3-D-Kreuz zeigt der neue Ansteckknopf die Verbundenheit zu unserer Partei sofort, ohne dabei allzu auffällig zu sein.

Die neuen Schmuckstücke werden sich mit Sicherheit zu begehrten Accessoires entwickeln. Nutzen Sie daher schon jetzt die Möglichkeit, die Pins beim Generalsekretariat der FDP vorzubestellen.

In Deutsch und Französisch verfügbar

Die Pins gibt es mit deutschem und französischem Logo. Bei genügendem Interesse können die Ansteckknöpfe auch mit dem Logo auf Italienisch und Rätoromanisch produziert werden. Die Gestaltung des Pins bleibt dabei selbstverständlich stets gleich. Die Pins sind 19 mm breit und 8,6 mm hoch.

Werbung und Mobilisierung zugleich

Der Wunsch nach einem Pin, bei dem die FDP auf den ersten Blick erkennbar ist, wurde an das Generalsekretariat von verschiedenen Seiten herangetragen. Mit dem neuen Pin besteht nun die Möglichkeit, seine Verbundenheit zu den liberalen Werten und unserer Partei öffentlich zu zeigen. Nutzen wir dieses einfache, unauffällige, aber effektive Mittel der Präsentation. Stehen wir gemeinsam hin und zeigen unsere Zugehörigkeit zur FDP. Sich öffentlich als FDP-Mitglied zu zeigen, sorgt dafür, dass unsere Partei besser wahrgenommen wird, hilft bei der Mobilisierung und führt zu interessanten Gesprächen, in denen wir auf unsere wichtigen Anliegen und Positionen aufmerksam machen können.



Der neue Pin schmückt und bringt unsere Mitglieder ins Gespräch.

Dabei können nicht nur Mandatsträgerinnen und -träger, nicht nur Parlamentarierinnen oder Vorstandsmitglieder zu Repräsentanten unserer Politik werden, sondern jedes einzelne Mitglied. Nutzen auch Sie diese unkomplizierte Methode der Öffentlichkeitsarbeit!

Einfache Bestellung

Ein Pin kostet 2 Franken und kann in

10er-Packungen bestellt werden. Ihre Bestellung richten Sie bitte an Carina Schaller, E-Mail: schaller@fdp.ch oder Tel. 031 320 35 14. Die Pins werden mit einer Rechnung so schnell als möglich ausgeliefert. Bei grösseren Bestellmengen bitten wir um etwas Geduld.

Neuer Leporello

Ebenfalls bald werden die neuen Lepo-

rellos der FDP Schweiz verfügbar sein. In den drei Landessprachen verfasst, liefern die Leporellos einen guten Überblick über unsere Kernthemen, Ziele und Werte. Die nationalen Leporellos können ebenfalls über das Generalsekretariat bestellt werden. Richten Sie Ihre Bestellung auch hier bitte an Carina Schaller, E-Mail: schaller@fdp.ch oder Tel. 031 320 35 14.

Bestellformular

Bitte verwenden Sie für die Bestellung von Pins oder Leporellos dieses Formular:

Name, Vorname:	
Adresse:	
PLZ, Ortschaft:	
Telefonnummer:	
E-Mail-Adresse:	
Anzahl Pins: _____	Anzahl der Leporellos: _____
Sprache der Pins: _____	Sprache der Leporellos: _____

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Carina Schaller, E-Mail: schaller@fdp.ch, Tel. 031 320 35 14.

Gabriel Lukas Frey

Treuhandmitarbeiter, studiert Betriebswirtschaft HF, Präsident Jungfreisinnige Region Rheintal, ledig und kinderlos.

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Die genauen Gründe am Anfang meines politischen Interesses weiss ich nicht mehr. Ich kann mich nur so weit erinnern, dass das Swissair-Grounding das erste politische und wirtschaftliche Geschehnis war, für das ich mich ernsthaft interessierte. Ein Kollege nahm mich vor exakt zehn Jahren an eine Jugendsession des Jugendparlaments St. Gallen mit. Schliesslich begann ich dort mein Netzwerk aufzubauen und lernte die Vertreter der Jungparteien kennen. Heute ist ein grosser Teil meiner Kollegen und Freunde Mitglied der Jungfreisinnigen oder sonst politisch aktiv.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Einerseits gefallen mir an der Schweiz die Landschaft und die Sauberkeit. Des Weiteren erachte ich die Bildungsvielfalt – insbesondere das duale Bildungssystem – als ein hervorragendes Angebot für wissensbegierige Personen aus allen Schichten. Zusätzlich bin ich der Überzeugung, dass die Demokratie von den Schweizerinnen und Schweizern extrem geschätzt wird.

Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?

Ich habe kein politisches Vorbild.

Was erhoffen Sie sich vom Mentoringprogramm?

Ich erhoffe mir, ein paar wichtige Tipps durch das Mentoringprogramm zu erhalten sowie die Schlüsselstellen kennen zu lernen.

Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?

Die grösste Herausforderung ist der Umgang mit den vielen Einwanderern aus verschiedenen Bildungs- und Sozialschichten. Nicht zu vergessen ist die immer nähere Zusammenarbeit mit der EU und den internationalen Märkten.



Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?

Ein guter Politiker muss dynamisch, zugänglich und authentisch sein. Er muss seine Ansichten plausibel und mit Überzeugung vertreten können. Aus meiner Sicht spielen da auch seine persönlichen und beruflichen Fähigkeiten eine grosse Rolle.

Was ist für Sie typisch FDP?

Die FDP setzt sich für den Mittelstand und eine liberale Wirtschaft ein. Die FDP verlangt viel Selbstverantwortung und Selbstdisziplin.

Dominik Tiedt

Geroldswil ZH, Geschäftsleitungsmitglied im Familienunternehmen, VR-Mandat Limeco; Ausbildung: Volkswirt UZH und zurzeit an der Ausbildung Executive MBA HSG; Funktionen Partei: Vorstand FDP Kanton Zürich, Präsident FDP Bezirk Dietikon, Von 2007 bis 2013 Gemeinderat Geroldswil (Tiefbau- und Werkvorstand, 2. Vizepräsident).

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Vor rund zehn Jahren habe ich mich für die FDP als Partei entschieden. Die Werte und Eigenschaften wie Freiheit, Selbstverantwortung, Eigeninitiative oder Wettbewerb haben für mich den entscheidenden Grund geliefert. Obwohl mein Grossvater, ehemaliger Kantonsrat in St. Gallen, früher für die SP politisiert hat, ist für mich stets nur eine Partei in Frage gekommen.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie natürlich unsere direkte Demokratie. Durch dieses Erfolgsmodell mit einer sehr tiefen Arbeitslosigkeit, einer hohen Lebensqualität und der sozialen Sicherheit hat sich die Schweiz auch einen Spitzenplatz im internationalen Umfeld erarbeitet.

Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?

Ich habe kein konkretes politisches Vorbild. Für mich sind Personen ein Vorbild, die sich mit Herzblut für ihre Überzeugungen und Werte einsetzen und sich für das Gemeinschaftswohl engagieren.

Was erhoffen Sie sich vom Mentoringprogramm?

Durch das Mentoringprogramm erhoffe ich mir einen konstruktiven Austausch mit erfahrenen Politikern und Wirtschaftsführern. Durch die jahrelangen Erfahrungen meiner Mentoren und meiner Mentorin kann ich für meinen weiteren politischen und beruflichen Weg viel profitieren.

Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?

Das Erfolgsmodell Schweiz weiterzuführen, ohne die Zukunft zu verschlafen. Wie bereits erwähnt, heisst dies für mich, die liberale Wirtschafts- und



Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Der Werkplatz Schweiz ist sehr stark unter Druck, ich erlebe dies täglich als Geschäftsleitungsmitglied unserer produzierenden Familienunternehmung. Unverständnis habe ich für stetig neue Gesetze, Auflagen oder Regulierungen, die keine Wirkung haben, nur uns als Unternehmern das Leben erschweren.

Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?

Ein guter Politiker muss sich meines Erachtens mit Leidenschaft und Engagement für die Anliegen der Partei sowie die Anliegen der Bevölkerung einsetzen. Für mich ist vor allem Herzblut gefragt!

Was ist für Sie typisch FDP?

Engagement für Freiheit, Selbstverantwortung und Eigeninitiative.

Besuch von Silvana Koch-Mehrin in Bern

Eine der bekanntesten EU-Parlamentarierinnen der FDP Deutschland

Am 6. Mai fand der Europatag in Bern statt. Zu Gast war die deutsche EU-Abgeordnete Silvana Koch-Mehrin. Eine europaweit bekannte FDP-Politikerin, die sich nicht scheut, auch unpopuläre Themen zu behandeln. Sie setzt sich zusammen mit der EU-Kommissarin Vivian Reding an vorderster Front für mehr Frauen in den Verwaltungsräten ein.

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin

Die Spitze der FDP Frauen mit Carmen Walker Späh und Christa Markwalder traf Frau Koch-Mehrin in Bern für einen Austausch unter FDP-Frauen. Es war eine sehr freundschaftliche Begegnung. Schnell wurde klar, dass wir mit den gleichen Herausforderungen kämpfen. Wie können wir Frauen für die liberale Politik gewinnen? In Deutschland ist der Anteil Frauen in der FDP massiv zurückgegangen. Und auch in der Schweiz ist der Anteil der Frauen innerhalb der FDP immer noch zu bescheiden. Wie können wir unsere Politik für Frauen attraktiver machen? Welche Themenwahl ist die richtige? Wie müssen wir unsere Strukturen ändern?



FDP-Frauen unter sich: Carmen Walker-Späh, Präsidentin FDP Frauen Schweiz, Silvana Koch-Mehrin, EU-Abgeordnete FDP Deutschland, Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP Frauen Schweiz, und Christa Markwalder, Nationalrätin Bern.

Eine weitere Frage, die uns unter den Nägeln brennt, ist die Forderung nach gemischten Teams in der Chefetage. Wie können wir das Phänomen der glä-

sernen Decke überwinden? Wie schaffen wir es, dass gut ausgebildete Frauen die Karriereleiter gleich wie Männer aufsteigen können? Frau Koch-Mehrin

arbeitet zusammen mit Vivian Reding an der Geschlechterquote auf europäischer Ebene für die Verwaltungsräte – und konnte uns berichten, dass diese voraussichtlich noch dieses Jahr kommen wird mit der Unterstützung der FDP-Fraktion. Aber auch sie mussten mit den gleichen Vorurteilen kämpfen, mit dem geringen Interesse der Wirtschaftsvertreter – aber sie haben es schlussendlich geschafft, das Thema in den Köpfen der Wirtschaft bewusst zu machen. Auch in der Schweiz sehen wir, dass schon nur dank der Diskussion der Anteil von Frauen in Verwaltungsräten nur in einem Jahr von 11 auf 17 Prozent gestiegen ist.

Das Treffen war für alle sehr motivierend, und die FDP Frauen Schweiz werden den Austausch mit den europäischen FDP-Frauen weiterhin pflegen.

Einladung zur Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz

Samstag, 25. Mai 2013, 10.30 bis 13.00 Uhr, Lausanne

- 10.30 Begrüssung durch die Gastgeberin Françoise Longchamp, Präsidentin *FDP.Die Liberalen Frauen Waadt*
- 10.40 Begrüssung durch die Präsidentin Carmen Walker Späh, Präsidentin *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz*
- 10.50 Begrüssung durch Isabel Rochat, Regierungsrätin des Kantons Genf
- 11.00 Jahresbericht, Jahresrechnung und Budget: Präsentation der Rechnung 2012, des Budget 2013 und des Jahresberichts 2012
- 11.10 Wahl der Geschäftsleitung: Der Generalversammlung wird Christine Winkler (VD) als Vize-Präsidentin vorgeschlagen. Bestätigung des Präsidiums und der Geschäftsleitung.
- 11.20 Abstimmung: SVP-Familieninitiative: Debatte zwischen Christa Markwalder (BE), Nationalrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der *FDP.Die Liberalen Frauen*, und Judith Uebersax (SZ), Präsidentin der SVP Frauen und Vize-Präsidentin der SVP Schweiz
- 12.00 Abstimmung: Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»: Position der *FDP.Die Liberalen*, vorgestellt durch Isabelle Moret (VD), Nationalrätin und Vize-Präsidentin der *FDP.Die Liberalen Schweiz*
- ab 12.30 Apéro riche nach der GV

Nach der Generalversammlung besteht die Möglichkeit, an einer Stadtführung durch die Lausanner Altstadt teilzunehmen (Fr. 5.–) und die Schönheiten dieser interessanten Stadt zu entdecken. Für Anmeldungen wenden Sie sich bitte an esseiva@fdp.ch. Wir freuen uns, Sie zahlreich zu begrüssen.

FDP.Die Liberalen Frauen
Carmen Walker Späh, Präsidentin

Kongress 2013

Wichtige Entscheide

Mit höchst interessanten Diskussionen fassten die Jungfreisinnigen an ihrem alljährlichen Kongress die Parolen zu den kommenden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen und wählten den neuen Vorstand. Die Volkswahl des Bundesrates lehnen die Jungfreisinnigen ab, das Asylgesetz nehmen sie an. Auch über die GSoA-Initiative wurde debattiert.

Marcel Schuler, Vorstandsmitglied

Ein ständig andauernder Wahlkampf, populistische und medienwirksame Politik zu Lasten der Sachlichkeit und höhere erwartete Kosten für beliebte Infrastrukturprojekte sind Argumente gegen die Volkswahl des Bundesrates. Ein Politiker, der vom Volk gewählt wird, hofft auf eine möglichst grosse Medienprofilierung und Prominenz. Schwierige Themen werden bewusst verdrängt, Inhalte wie Sparen von niemandem mehr gefordert. Die Jungfreisinnigen wollen das Niveau in der Politik beibehalten, eine Stärkung von Bundesrat und Verwaltung verhindern und sprechen sich deshalb gegen die Initiative aus.

JA zur Asylgesetzrevision

Zur zweiten Abstimmungsvorlage, der Revision des Asylgesetzes, wurde die JA-Parole beschlossen. Das Gesetz, welches mit einem schnelleren Prozess, einer einfacheren Umsetzung und weniger Bürokratie einhergeht,



Armeechef André Blattmann sprach sich am Kongress gegen die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht aus.

wird von den Jungfreisinnigen begrüsst und das Referendum abgelehnt.

Diskussionen zur Wehrpflicht-Aufhebung

Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ist in den Reihen der Jungfreisinnigen umstritten. Dies zeigte denn auch die Diskussion am Kongress. Entgegen dem Ziel der Initianten, die Armee abzuschaffen, war



Der Kongress der Jungfreisinnigen verabschiedete Co-Präsident Philippe Nantermod und dankte für seinen Einsatz.

es sowohl den Befürwortern als auch den Gegnern ein Anliegen, die Armee zu stärken. Während die Befürworter dies mittels einer starken freiwilligen Miliz erreichen wollen, waren die Gegner überzeugt, dass eine solche freiwillige Miliz nicht funktionieren wird. Am Ende der Diskussion und nach Referaten von Silvan Amberg, Präsident Radigal (pro), und Armeechef André Blattmann (kontra) ent-

schied sich eine Mehrheit dazu, die Initiative abzulehnen und die NEIN-Parole zu fassen.

Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz als Gast am Kongress

Weitere Höhepunkte des Kongresses in St. Gallen waren das Referat von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz und die Vorstandswahlen. Das im letzten Jahr eingesetzte Co-Präsidium von Philippe Nantermod und Maurus Zeier wurde nach dem Rücktritt von Philippe Nantermod aufgelöst. Während man Philippe Nantermod aus dem Vorstand verabschiedete, wurde Zeier zum neuen und alleinigen Präsidenten gewählt.

Unter Maurus Zeier sind die Jungfreisinnigen als liberale Speerspitze und ideologische Denkfabrik der FDP aufgefallen. Zusätzlich wurde der bisherige Vorstand bestätigt und mit der Wahl der Neumitglieder Matteo Baschera (Kampagnen) und Victor Braune (kantonale Zusammenarbeit) die angemessene Verteilung der Sprachregionen im Vorstand gewährleistet.



Ein besonderer Höhepunkt war der Auftritt von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz.



Der Kongress 2013 war erneut ein überaus gelungener Anlass.

Altersvorsorge

Jungfreisinnige erneuern Positionspapier zu den Sozialwerken

Kinderbetten stehen leer, Gehhilfen sind ausverkauft, die AHV wird defizitär. Kurzum: Unsere Altersvorsorge ist früher oder später nicht mehr gewährleistet. Demografische Veränderungen und gestiegene Lebenserwartung haben einschneidende Auswirkungen auf das heutige System und gehen zu Lasten der nächsten Generationen.

Hochrechnungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zufolge müssen Schweizer Bürger und Bürgerinnen mit dem eigenen Einkommen bald für das Gehalt von drei Rentnern aufkommen. Die negative Entwicklung ist vor allem bei den Finanzen der Sozialversicherungen, insbesondere der AHV und der Krankenkasse, zu spüren. Dies ist besonders bedenklich und gefährdet somit einen Eckpfeiler der politischen Stabilität in der Schweiz. Ein Problem, welches nicht länger ignoriert werden kann und eine Reaktion dringlich und unausweichlich macht. Mit diesem Problem vor Augen haben die Jungfreisinnigen

an ihrem Kongress ihr Positionspapier zu den Sozialwerken erneuert.

Freie Wahl des Rentenalters wünschenswert

Um das heutige System wieder mit den veränderten Verhältnissen auszugleichen, soll die Altersvorsorge durch das gleiche Rentenalter bei Mann und Frau mit dem Altersquotienten 4:1 angepasst werden. Langfristig ist eine freie Wahl des Rentenalters wünschenswert. Wer länger arbeitet, erhält mehr, und wer früher bezieht, erhält weniger Rente. Des Weiteren soll die Pensionskasse frei

gewählt werden können, der Mindestzinssatz an realwirtschaftliche statt an politische Gegebenheiten angepasst sowie der Rentenumwandlungssatz an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Wichtig ist auch die in der 11. AHV-Revision vorgesehene Schuldenbremse. Wie sich beim Staat zeigt, hat sich die Schuldenbremse bewährt. Dieses Modell ist auch für die AHV wichtig. Wer Geld ausgeben will, muss an einem anderen Ort sparen. Damit verhindert die Schuldenbremse politische Spiele für Partialinteressen. Zum Thema Krankenkasse stehen die Jungfrei-

sinnigen unter anderem für altersabhängige Krankenkassenprämien und mehr Eigenverantwortung für die Patienten ein.

Generationensolidarität muss gewährleistet bleiben

Nur durch eine grundlegende Revision der Sozialwerke können das langfristige Überleben und die Stabilität der Sozialwerke auch für nachfolgende Generationen gewährleistet werden. Die Jungfreisinnigen tun alles dafür, dieses substanziell wichtige Ziel und somit die Generationensolidarität zu gewährleisten. Auf gehts!

Alkoholgesetz

Jungfreisinnige und FDP bekämpfen die Revision des Alkoholgesetzes gemeinsam

Kritisch verfolgen die Jungfreisinnigen die Verhandlungsentwicklungen um das neue Alkoholhandelsgesetz. Die vom Ständerat beschlossenen Mindestpreise und das Verkaufsverbot nach 22.00 Uhr widersprechen den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit dar. Diese Eingriffe sind reine Symptombekämpfung.

Allfälliges Referendum von Jungfreisinnigen und FDP

Bei einem allfälligen Referendum gegen die Revision des Alkoholgesetzes würden die Jungfreisinnigen von der FDP, die Liberalen logistische Rückendeckung erhalten. Anlässlich der Parteipräsidentenkonferenz wurde diesem Vorhaben fast einstimmig die Unterstützung zugesagt. Ähnlich wie beim Referendum gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung sind die Jungfreisinnigen entschlossen,

den Regulierungswahnsinn vor Volk zu bringen und zu stoppen.

Statt einer Kollektivstrafe sollen Komatrinker und Vandalen künftig die Kosten ihres exzessiven Konsums selber tragen. Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft Übernachtungen von Trunkenbolden in Ausnüchterungszellen bezahlen muss. Darum steht fest: Weder Mindestpreise noch ein Verkaufsverbot sind angemessene Massnahmen zur Bekämpfung des Rauschtrinkens.

Aufgrund der Tatsache, dass jährlich nachweislich weniger Alkohol konsumiert wird, stehen Massnahmen dieser Art quer in der Landschaft. Die Jungfreisinnigen erwarten eine Korrektur des vorgeschlagenen Gesetzes durch das Parlament. Ansonsten sind wir bereit, die erforderlichen Unterschriften für das Referendum zu sammeln.

Die Ergreifung des Referendums kommt für die Jungfreisinnigen in Frage, sofern die folgenden Punkte nicht vom Parlament beseitigt werden:

- › Mindestpreise für alkoholische Getränke
- › Alkoholverkaufsverbot ab 22.00 Uhr
- › Happy-Hour-Verbot

Sommersession 3. bis 20. Juni 2013

Wichtige Themen stehen an

Vom 3. bis 20. Juni tagt die Bundesversammlung in Bern. Unsere Parlamentarier im National- und Ständerat werden dabei über zahlreiche für die Zukunft unseres Landes wichtige Geschäfte verhandeln. Ein Überblick.

Bereits am zweiten Tag kommt auf den Nationalrat ein grosser Brocken in Form der 6. IV-Revision zu. Nachdem die 6. IV-Revision erneut aufgesplittet wurde, behandelt die Grosse Kammer nun eine Rumpfvorlage. Diese bringt nur wenige Einsparungen, beinhaltet aber sehr wichtige technische Änderungen. Ziel der FDP ist eine Sanierungsvorlage, damit nach Auslaufen der MwSt-Zusatzfinanzierung 2018 die IV auf eigenen Beinen stehen kann. Bei den technischen Änderungen muss das lineare Rentensystem durchgebracht werden, damit die Schwelleneffekte abgebaut sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich eine Erwerbstätigkeit, sofern sie mit der Invalidität vereinbar ist, mehr lohnt als der Rentenbezug.

Forderungen des Positionspapieres

Die Fortsetzung der Diskussion über die Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» und Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) werden im Nationalrat ebenfalls zu reden geben. Unsere Parlamentarier werden sich hier voll und ganz dafür einsetzen, die im Februar gefassten Forderungen des Positionspapiers «Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr» einzubringen. Dabei befürwortet die FDP die Schaffung eines zeitlich befristeten Bahninfrastrukturfonds.

Wie viel Aus- und Weiterbildungskosten sind abziehbar?

Sowohl Stände- wie auch Nationalrat werden sich mit der Differenzvereinbarung um die Höhe der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Aus- und Weiterbildungskosten beschäftigen. Während die Linken einen Maximalabzug von 12 000 Franken pro Jahr fordern, wird sich die FDP für einen unbegrenzten Abzug starkmachen. Bei

den hohen Kosten, welche eine Weiterbildung Privatpersonen auferlegt, scheint ein limitierter Abzug den Bildungsmöglichkeiten unnötige Steine in den Weg zu legen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Zugang zum wichtigsten Rohstoff der Schweiz nicht finanziell erschwert wird.

Unnötige Aktion statt der FDP-Lösung

Ein Einheitssatz und die Aufhebung der zahlreichen Ausnahmen – mit diesem Vorschlag stiess die FDP bei der Diskussion um die Mehrwertsteuer leider auf taube Ohren. Nach zahlreichen, intensiven Diskussionen in den letzten Sessionen um den als Alternative von den anderen Parteien ein-

gebrachten Vorschlag für 2 MwSt-Sätze und die Beibehaltung der Ausnahmen zeigt sich jetzt jedoch, dass sich für diesen Leerlauf niemand begeistern kann.

Eine Zweisatzlösung würde den Wirrwarr im MwSt-Dschungel nicht beheben, sondern hätte nur einen teuren Wechsel zur Folge. In den behandelnden Kommissionen wurden diese Vorschläge denn auch zurückgewiesen. Immer noch im Raum steht jedoch die Volksinitiative der Gastrosuisse, welche aber schlussendlich die ungerechtfertigte Quersubventionierung einer einzigen Branche zur Folge hätte. Eine wirkliche Behebung der Diskriminierung und der Unübersichtlichkeit bei den MwSt-Sätzen brächte nur die

von der FDP seit jeher geforderte Einführung eines Einheitssatzes mit Aufhebung der Ausnahmen.

Zustimmung zum Vertrag mit den USA hinsichtlich FATCA

Mit der Genehmigung und der Umsetzung von FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) wird sich der Ständerat zu beschäftigen haben. Auch wenn die FDP grosse Mühe mit dem Gebaren der USA im Umgang mit anderen Staaten hat, stimmt sie dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu. Der Vertrag bringt Rechtssicherheit nicht nur für in den USA tätige Schweizer Finanzinstitute, sondern auch für kleinere Banken sowie Pensionskassen und Versicherungen.



Einmal mehr treffen sich die eidgenössischen Parlamentarier im Bundeshaus zur Session. Die FDP-Fraktion wird wiederum an vielen Fronten für die liberalen Werte kämpfen müssen.

Pankraz Freitag

Wahres Glück kann nur auf Freiheit beruhen

Seit 2008 amtiert Pankraz Freitag als Ständerat des Kantons Glarus. Der «Schweizer Freisinn» sprach mit ihm über seine Heimat, seine politischen Ziele und seine Zukunftsvorstellungen.

Herr Freitag, Sie sind Ständerat eines sehr interessanten Kantons. Modern durch die Reduktion auf nur noch drei Gemeinden zu Beginn 2011 und doch traditionell durch die Beibehaltung der Landsgemeinde als Legislative. Wie erleben Sie Ihren Kanton?

Die Glarner mussten schon früher ihr Bergtal verlassen, um auf den Märkten Erfolg und etwas Wohlstand zu haben. Ebenso war die grundsätzlich eher konservative Landsgemeinde immer wieder fähig, wenn es nötig war, aus sich heraus zu gehen und zukunftsweisende Entscheide zu fällen. Die über 600 Jahre alte Landsgemeinde ist, wie der Kanton Glarus, eine lebendige Mischung aus Tradition und Moderne. Sie ist wesentlicher Teil der Glarner Identität, und damit meiner Heimat.

Sie haben sich nach anfänglicher Skepsis im März dieses Jahres für die Einführung der elektronischen Stimmabgabe im Ständerat ausgesprochen. Was wird sich aus Ihrer Sicht nun im Stöckli beim Abstimmungsverhalten ändern?

Ich fürchte, dass der Einführung elektronischer Abstimmungen die Nutzung weiterer elektronischer Geräte, wie Handy und Laptop, im Saal folgen werden. Damit ginge die Ruhe und konzentrierte Debatte verloren.

Zugestimmt habe ich aus der Einsicht, dass der politische und mediale Fokus auf dieses Thema nicht mehr nachlassen wird. Wir sollten uns aber auf Wichtigeres konzentrieren. Durch das neue System wird mindestens in Einzelfällen der parteipolitische und sonstige Druck von aussen bei Abstimmungen zunehmen.

Im Dezember vergangenen Jahres schlugen Sie vor, einen Innovationspreis in der Landwirtschaft einzuführen. Wie weit ist dieses Projekt

gediehen und was versprechen Sie sich davon?

Die Idee ist bei verschiedensten Kreisen, mit denen ich in der Zwischenzeit

Gespräche geführt habe, auf Interesse gestossen. Der Funke zu einer Realisierung ist aber noch nicht gesprungen.



Die lebendige Mischung aus Tradition und Moderne ist für den Ständerat Pankraz Freitag ein wesentlicher Teil seiner Heimat, des Glarnerlands.

Pankraz Freitag ist 60-jährig, verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern. Er lebt in Haslen in Glarus Süd und liebt die Vielfalt: Mit Menschen zusammen sein, aber auch allein in den Bergen wandern, gutes Essen, Rotwein, Bücher, Musik, Filme, Skifahren, Reisen.

Ich bleibe dran, aus der Überzeugung, dass eine Abschottung langfristig nicht möglich ist. Und dass die Landwirtschaft unseres Hochpreislandes nur mit Qualität und Innovation Erfolg haben kann. Ein wettbewerbsorientierter Preis würde der Innovation jedes Jahr ein Gesicht verleihen und damit andere anspornen.

Welche generellen Haltungen und politischen Ziele haben Sie?

Zuerst einmal setze ich mich natürlich für die Interessen meines Kantons ein, den ich vertreten darf. Dabei ist mir immer klar: Wenn es der Schweiz nicht gut geht, geht es auch dem Kanton Glarus nicht gut.

Ich bin überzeugt, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit der Einwohner die Basis unseres grossen Wohlstandes ist. Freiheit muss immer mit Verantwortung verbunden und neu erkämpft werden. Aktuell sind wir daran, durch staatliche Regulierungen, Stück für Stück vom Wohlstandsast, auf dem wir sitzen, abzusägen. Im täglichen Politgeschäft wird bei jedem auftretenden Problem nach Massnahmen des Staates gerufen.

Trotz durchaus positiver Aspekte im Einzelfall wird sich das vom Betreuungsstaat organisierte Glück für die Menschen nicht als das wahre Glück herausstellen. Dieses kann nur auf Freiheit beruhen. Zwangsglück ist kein Glück und trägt auch keine Verantwortung.

Keine zusätzliche Abgabe

FDP-Vorstoss gegen die unsinnige Abgabe auf Leerdatenträgern

In der vergangenen Frühjahrssession hat die FDP-Liberale-Fraktion eine parlamentarische Initiative zur Abschaffung der ungerechten Abgabe auf Leerdatenträger eingereicht. Die geltende Regelung ist im Zeitalter von Clouds und Online-Mediashops nicht mehr zeitgemäss und bestraft die Konsumenten. Diese Abgabe gehört somit der Vergangenheit an und muss weg.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE



Nationalrat Christian Wasserfallen setzt sich für die Abschaffung der Abgabe auf Leerdatenträger ein.

In Artikel 20 Absatz 3 des Urheberrechtsgesetzes wird festgelegt, dass auf leere digitale Datenträger (CD, DVD, MP3-Player usw.) eine zur Speicherkapazität proportionale Vergütung erhoben wird, um die Urheberinnen und Urheber zu entschädigen. Ursprünglich hatte die 1992 eingeführte Regelung den Zweck, Privatkopien von Vinyl-Schallplatten auf Tonbänder abzugelten. Im Laufe der technologischen Entwicklungen wurden immer neue Speichermedien als abgabepflichtig taxiert. Diese Abgabe ist heutzutage in verschiedener Hinsicht ungerecht und überholt, deren Abschaffung somit ein logischer und fairer Schritt.

Unsinnige Abgabenregelung

Die Speichergeräte verfügen aufgrund des technologischen Fortschritts über immer grössere Kapazitäten. Zwar wird der Gebührenbetrag je nach

Grösse des Datenspeichers abgestuft, dennoch müssen die Nutzerinnen und Nutzer eine willkürliche Abgabe für ein virtuelles Potenzial bezahlen. Nie wird der Speicher voll von Musik sein – im Gegenteil. Der grösste Teil des Speicherplatzes wird immer mit anderen Daten gefüllt sein. Zudem wird der Künstler ja schon entschädigt, wenn die Musikstücke legal gekauft werden.

Der Konsument bezahlt folglich doppelt: zum einen für den Song, zum anderen für die obsolete Kopiergebühr auf dem MP3-Player, dem Computer oder ähnlichen Geräten.

Neue Geschäftsmodelle fördern

Die meisten kulturellen Güter (Filme, Musik, E-Books) werden heute legal im Internet gekauft – iTunes, Online-

TV oder Spotify lassen grüssen. Daher schießt die geltende Regelung der Leerträgervergütung zur Abgeltung von Privatkopien über das Ziel hinaus. Anstatt wie bis anhin den Fokus auf die Piraterie und die prophylaktische Gebührenerhebung zu legen, sollte die Gesetzgebung modernisiert werden. Dies umso mehr, als die geltende Regelung im heutigen Digitalzeitalter erst recht an seine Grenzen stösst. Denn Cloud-Speicher kann man ohnehin nicht mit einer Abgabe belasten.

Im heutigen Digitalzeitalter werden über legale Internetangebote viel mehr Konsumenten erreicht – die Umsätze steigen. Die erwähnten Onlineunternehmen erlauben es, Geld zu verdienen und können als gelungene Beispiele für ökonomisch funktionierende Geschäftsmodelle aufgeführt werden: zum Beispiel durch ein verbessertes Angebot, Online-Werbung oder Crowdfunding. Die Urheber profitieren ebenfalls von diesen Absatzkanälen und werden nicht durch Raubkopien um ihren Gewinn gebracht. Folglich muss mit der Abschaffung der Leerdatenträgervergütung endlich der Schritt hin zu einer liberalen und der wirtschaftlichen Realität angepassten Gesetzgebung vollzogen werden.

Parlamentarische Initiative der FDP

Die FDP hat die Zeichen der Zeit erkannt und in der Frühjahrssession 2013 die Parlamentarische Initiative «Schluss mit der ungerechten Abgabe auf Leerdatenträgern» eingereicht. Wir werden uns in den Kommissionen und im Parlament beherzt für die Annahme des Vorstosses einsetzen – zum Wohle der Konsumenten und einer liberalen Gesellschaft.



Die Abgabe für Leerdatenträger entspricht nicht mehr der wirtschaftlichen und technischen Realität und muss daher abgeschafft werden.

Personenfreizügigkeit

Ja zur Freizügigkeit für Erwerbstätige – Nein zum Missbrauch der Sozialwerke

Die Personenfreizügigkeit ist ein zentraler Pfeiler im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU sowie deren Mitgliedstaaten. Gleichzeitig handelt es sich um eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts. Ziel ist dabei die Förderung der Mobilität von Erwerbstätigen. Diese Freizügigkeit der Arbeit erlaubt der Schweizer Wirtschaft, die für sie geeigneten Arbeitskräfte zu rekrutieren. Um ihre Akzeptanz zu wahren, gilt es konsequent gegen Missbräuche vorzugehen – im nationalen wie im europäischen Rahmen.

Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

Die Möglichkeit, Fachkräfte aus dem EU-Raum anzustellen, entspricht einem Bedürfnis der Schweizer Wirtschaft. Die Zuwanderung der letzten Jahre ist ein Ausdruck davon, dass es der Schweizer Wirtschaft gut geht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Überdies ist auch der Staat auf diese Zuwanderer angewiesen. Man denke etwa an die vielen Tausend EU-Bürger, die in unseren Spitälern oder Pflegeheimen arbeiten. Über 440 000 Schweizerinnen und Schweizer in der EU nutzen ihrerseits die Freizügigkeit der Arbeit.

Richtig ist aber auch, dass die hohe Zuwanderung in Teilen der Schweizer Bevölkerung ein Unbehagen auslöst. Der Bundesrat nimmt dieses Unbehagen sehr ernst. Wo sich Probleme und Missbräuche feststellen lassen, trifft er rasche, konkrete und wirksame Massnahmen.

Der Bundesrat handelt

So hat der Bundesrat flankierende Massnahmen zur Sicherung der in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ergriffen. Zudem gilt es sicherzustellen, dass mit dem Freizügigkeitsabkommen keine Personen in die Schweiz kommen, die unsere Sozialleistungen missbrauchen. Denn bei der Freizügigkeit handelt es sich um jene für Erwerbstätige. FZA bedeutet in diesem Sinne «Freizügigkeit der Arbeitenden». Der Grundsatz der Mobilität der Arbeitenden muss konsequent durchgesetzt werden. Hierzu



«Es ist wichtig, sich für die Freizügigkeit der Arbeit einzusetzen, aber auch das Unbehagen der Bevölkerung ernst zu nehmen», Bundesrat Didier Burkhalter.

gibt es verschiedene Vorschläge, die es vorurteilslos zu prüfen gilt.

Wir denken hier etwa an die Möglichkeit zeitlich befristeter Wiedereinreiseperrnen für jene Personen, die nur zum Bezug von Sozialleistungen in die Schweiz gekommen sind. Oder auch an Massnahmen zur verbesserten Reintegration solcher Personen in ihre Heimatländer. Anzustreben sind hier koordinierte Lösungen mit den europäischen Partnern, die von dieser Problematik genauso betroffen sind wie die Schweiz. Der deutsche Aussenmi-

nister Westerwelle zeigte anlässlich seines kürzlichen Besuchs in der Schweiz Interesse an einer engeren Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Langfristige Massnahmen wichtig

Der Bundesrat hat vor Monatsfrist die Ventilklausel aktiviert. Dies im Bewusstsein, dass diese Massnahme quantitativ und zeitlich von beschränkter Wirkung ist. Wichtiger ist jedoch die Frage, mit welchen Massnahmen die Schweiz die Zuwanderung im Rahmen der Freizügigkeit längerfristig be-

einflussen kann. Zum Beispiel sind das Massnahmen, die sicherstellen, dass Aufenthaltsbewilligungen nur dann ausgestellt werden, wenn ein effektiver Arbeitsvertrag mit einer echten existenzsichernden Tätigkeit vorliegt. Wichtig ist auch eine striktere Praxis im Entzug des Aufenthaltsrechts bei Langzeitarbeitslosen. In diesem Sinne hat sich der Bundesrat auch klar gegen die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie der EU ausgesprochen. Denn diese würde Tür und Tor zum schweizerischen System der Sozialhilfe öffnen. An diesem Standpunkt wird der Bundesrat auch im Falle von Verhandlungen über die Renovierung des bilateralen Wegs festhalten.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden in absehbarer Zeit mehrfach Gelegenheit erhalten, zur Freizügigkeit der Erwerbstätigen Stellung zu nehmen. Unter anderem dürfte es um die Erweiterung des Abkommens auf Kroatien gehen. Zurzeit stehen aber auch zwei Initiativen zur Debatte, welche die Zuwanderung in die Schweiz stark einschränken wollen.

Mit Blick auf die anstehenden Diskussionen sind zwei Dinge bedeutsam: Erstens war und ist die Zuwanderung eine wichtige Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Zweitens ist die Freizügigkeit für Erwerbstätige ein zentrales Element des bilateralen Wegs mit der EU. Es sind dies zwei triftige Gründe, sich für die Freizügigkeit der Arbeit einzusetzen.

**Ihr Bundesrat
Didier Burkhalter**



Mit grosser Mehrheit beschloss die Delegiertenversammlung die Ja-Parole zur Asylgesetzrevision und die Nein-Parole zur Volkswahl des Bundesrates.

Delegiertenversammlung

Gemeinsam für pragmatische Lösungen

Die Delegiertenversammlung vom 4. Mai in Baden stand ganz im Zeichen von vernünftigen und pragmatischen Lösungen. Rund 300 Delegierte der FDP Schweiz beschäftigten sich mit der Einwanderungspolitik sowie den anstehenden nationalen Abstimmungsvorlagen.

Trotz wenig frühlingshaftem Wetter fanden sich in Baden rund 300 Delegierte aus der ganzen Schweiz zur DV ein. Die Anwesenden erwarteten spannende Podiumsdiskussionen, interessante Ansprachen und zum Abschluss ein hervorragender Apéro. Neben den politischen Geschäften lieferte die Delegiertenversammlung einmal mehr die Möglichkeit zum Austausch mit Gleichgesinnten über Kantons Grenzen hinaus.

Positionspapier verabschiedet

Einen Meilenstein haben die Delegierten mit dem Positionspapier «Aktionsplan für eine pragmatische Einwande-

rungspolitik» gesetzt: Mit 12 harten, aber fairen Forderungen verabschiedeten sie einstimmig eine Gesamtschau liberaler Lösungen für eine nachhaltige Migrationspolitik. Lesen Sie dazu den Bericht auf Seite 17.

Parolen für die nationalen Abstimmungen

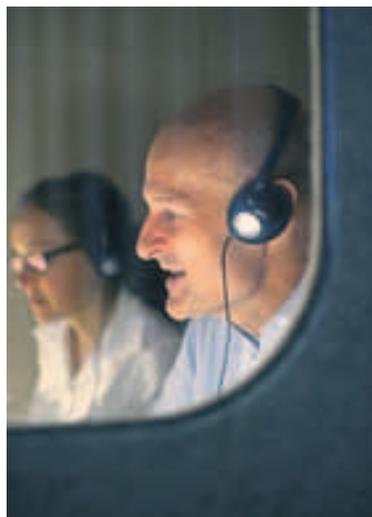
Die Beschlussfassungen für die beiden nationalen Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni fielen sehr deutlich aus. Beinahe ohne Gegenstimme sagten die Delegierten Ja zur Revision des Asylgesetzes. Der Initiative der Volkswahl erteilte die FDP ebenso deutlich eine Absage.



Intensive Diskussionen zwischen Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Moderator Filippo Leutenegger und Parteipräsident Philipp Müller.



Nach der Präsentation des Positionspapiers steht Ständerätin Karin Keller-Sutter der Presse Rede und Antwort.



Die Simultanübersetzer sorgen für Verständigung.



Nationalrat Andrea Caroni votiert gegen die Initiative zur Volkswahl des Bundesrates.



Thierry Burkart, Präsident der FDP Kanton Aargau, begrüsst die Delegierten in Baden.



Gespannt lauschen die Delegierten der Podiumsdiskussion zur Revision des Asylgesetzes.



Hightech im Hintergrund – ob Mikrofone, Film, Beleuchtung oder Präsentationen, damit eine Delegiertenversammlung problemlos über die Bühne geht, braucht es viel Arbeit.



Delegierte aus der ganzen Schweiz finden jeweils den Weg an die nationalen Delegiertenversammlungen und bestimmen so über den politischen Kurs der FDP.

Bevorstehende Initiativen

Neid ist ein schlechter Ratgeber

Die Linke bläst zum Angriff auf das Fundament des Schweizer Wohlstandes. Sie schürt Ängste und Neid in unserem Land, um staatliche Eingriffe voranzutreiben. Dabei schreckt sie vor fundamentalen Eingriffen in die liberale Politik und Gesellschaft der Schweiz nicht zurück. Will die Schweiz international weiterhin ein Erfolgsmodell bleiben, müssen wir solchen Bestrebungen eine eindeutige Absage erteilen.

Andrea Caroni, Nationalrat AR

Mindestlöhne, «1:12», Erbschaftsteuer, bedingungsloses Grundeinkommen – dies sind nur einige der Themen, mit welchen sich die Schweiz demnächst zu beschäftigen hat. Während wir bereits im November über die 1:12-Initiative abstimmen, sind die anderen Anliegen noch bei Bundesrat oder Parlament hängig oder noch im Sammelstadium. Es droht uns folglich für eine längere Zeit die Beschäftigung mit sozialistischen Volksinitiativen zur Umverteilung.

«Alle gegen wenige»

Zurzeit erleben wir eine Zunahme von sozialistischen Initiativen, die alle nach dem gleichen Muster funktionieren: Basierend auf dem schwindenden Vertrauen vieler Menschen in die freie Marktwirtschaft wird zum Angriff gegen «Abzocker», «Vielverdiener» oder «Reiche» gerufen. Die Initiativen verheissen einen Kampf der Vielen gegen die Wenigen, ein Kampf, der im Namen einer vermeintlichen Gerechtigkeit geführt wird und darum umso



«Nur eine freiheitliche Ordnung schafft Wohlstand für alle», Nationalrat Andrea Caroni.

gefährlicher, weil verführerisch, daher kommt.

Diese Initiativen sind aber nicht nur ein Angriff auf liberale Werte, auf die Grundlage unseres Wohlstandes. Sie

sägen nicht nur am Fundament unserer Wirtschaftsordnung, welche Millionen von Arbeitsplätzen bietet. Diese Initiativen drohen vielmehr letztlich genau jene zu treffen, zu deren Wohl sie vermeintlich lanciert wurden.

Liberaler Wirtschaftsordnung schafft Arbeitsplätze

Um unseren liberalen Arbeitsmarkt beneidet uns die Welt. Die rekordtiefe Arbeitslosigkeit in unserem Land kommt nicht von ungefähr. Freiheitliche Rahmenbedingungen, wenig staatliche Eingriffe und eine erfolgreiche Tradition der freien Aushandlung der Löhne unter den Vertragsparteien – all dies sind Garantien für eine auch in Krisenzeiten stabile Wirtschaft.

Es trifft uns alle – vor allem aber die Schwächsten

Staatliche Eingriffe hingegen sind allzu oft ein Schuss ins Knie: Mindestlöhne sind nur ein Beispiel, wie solche sozialistischen Vorschläge schlussendlich ausgerechnet den Schwächeren unserer Gesellschaft schaden. Ein

Minimallohn verhindert, dass ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer denjenigen Lohn vereinbaren können, der der Produktivität des Arbeitnehmers entspricht. Folglich werden die Unternehmen sich weniger produktive Arbeitskräfte nicht mehr leisten können. Somit landen ausgerechnet diejenigen Arbeitnehmenden auf der Strasse, welche die Initiative zu schützen vorgibt: Menschen mit einer geringeren Ausbildung oder Arbeits Erfahrung, namentlich also Junge, Immigranten oder Wiedereinsteiger.

Eine Reaktion ist gefordert

Wie reagiert man auf die verlockende Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle? Wie konkret man den Wunsch nach einer «gerechteren» Verteilung des Wohlstands? Wie verweist man dabei auf die wirtschaftlichen Realitäten, ohne als herzloser Kapitalist gebrandmarkt zu werden?

Zwar ist für Politiker die Versuchung gross, der Masse mehr Lohn, mehr Ferien und mehr Rente zu versprechen. Doch wer liberal denkt,

«1:12 – für gerechte Löhne»

Die 1:12-Initiative verlangt, dass in einem Unternehmen der höchste Jahreslohn nur 12-mal höher als der geringste sein darf. Sie wurde im März 2011 mit 113 000 gültigen Unterschriften eingereicht und kommt im November 2013 vor das Stimmvolk. Aus liberaler Sicht greift die Initiative unverhältnismässig in die Freiheit der Unternehmen ein. Sie verletzt zudem die Tradition der Aushandlung von Löhnen unter den Vertragsparteien. Die Initiative ist wirtschafts-

feindlich und willkürlich. Zudem wird sie dazu führen, dass viele Firmen Arbeitsbereiche auslagern oder Stellen streichen.

«Mindestlohn-Initiative»

Die Mindestlohn-Initiative kam im März 2012 zu Stande. Sie verlangt landesweite Mindestlöhne in Form eines gesetzlichen Mindeststundenlohns von 22 Franken sowie die staatliche Förderung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen. Sie ist damit das Gegenstück zur 1:12-Initiative, welche die Maximallöhne begrenzen will. Auch dieses Bestreben ist als sozialistisch, wirtschaftsfeindlich und für die Schweiz schädlich einzustufen. Viele Unter-

nehmen werden sich zu den durch einen Mindestlohn verursachten hohen Kosten keine wenig produktiven Arbeitskräfte mehr leisten. Die Mindestlohn-Initiative droht somit genau die Bevölkerungskreise in die Arbeitslosigkeit zu treiben, welche sie zu schützen vorgibt.



Mehr Geld, mehr Ferien, mehr Rente für alle klingt verlockend – entspricht aber nicht der wirtschaftlichen Realität.

kann diese Versprechen nicht guten Gewissens abgeben. Es ist an der Zeit, dass diesen sozialistischen Forderungen der Wind des Liberalismus entgegenbläst. Die Initiativen müssen entlarvt werden als Anschläge auf unseren Arbeitsmarkt, als Versuche der Zentralisierung, als Methoden zur Umverteilung, als selbstzerstörerische Neidbewirtschaftung.

Mögliche Rezepte

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell – diesen Grundsatz müssen wir Freisinnigen immer wieder betonen. Wir müssen aufzeigen, dass die Schweizer Unternehmen dank unserer liberalen Wirtschaftsordnung Millionen von Arbeitsplätzen anbieten. Wir müssen auch herausstreichen, dass unser Land eine Chancengesellschaft ist: Dank

der Durchlässigkeit in der Bildungspolitik hat bei uns jeder die Chance, es zu etwas zu bringen.

Wir müssen sodann klarmachen, dass die von links postulierten Forderungen keine Lösungen bieten. Was verkrustete Arbeitsmärkte und staatliche Übermacht einer Wirtschaft antun können, sehen wir im europäischen Drama jeden Tag.

Wohlstand für alle

Damit sollte allen klar werden: Diese sozialistischen Rundumschläge schaffen keine Arbeitsplätze – sie zerstören sie. Die Kosten tragen wir alle – am meisten aber die Schwächsten. Tragen wir daher unserem Erfolgsmodell Sorge, denn nur eine freiheitliche Ordnung schafft Wohlstand für alle.

«Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)»

Die Volksinitiative zur Erbschaftssteuerreform wurde im März dieses Jahres mit genügend gültigen Unterschriften eingereicht. Sie ist zurzeit beim Bundesrat hängig. Sie will Erbschaften und Schenkungen landesweit zu 20 Prozent besteuern, bei einem Freibetrag von 2 Millionen Franken und einer Teilzweckbindung für die AHV.

Mit dieser Forderung wird nicht nur die Steuerhoheit der Kantone ange-

griffen. Ebenso greift sie ins Eigentum der Erben und in die Verfügungsfreiheit der Erblasser ein. Dies setzt Anreize gegen das Sparen und Investieren zu Lebzeiten. Weiter besteuert die Initiative Werte, die bereits mehrfach versteuert wurden. Dass bei der AHV Reformbedarf besteht, steht ausser Zweifel. Doch die dort vorhandenen Löcher mittels einer Erbschaftssteuer zu füllen, ist nicht zielführend.

«Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Für diese Initiative läuft die Sammelfrist im Oktober dieses Jahres ab. Laut den Initianten sind bereits heute über 100 000 Unterschriften zusammengekommen. Das Volksbegehren fordert eine Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglicht. Die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens seien durch das Gesetz zu regeln.

Die Aushebelung jeglichen Wettbewerbs, die Aufhebung des Wettbewerbsdenkens und jeglicher Eigenverantwortung wären mit der Annahme dieser Initiative garantiert. Woher das Geld für das Grundeinkommen kommen soll, darüber schweigen sich die Initianten aus.

Tour de Suisse

Ohne Leidenschaft keine Politik

Seit ich vor etwas mehr als einem Jahr das Amt des Präsidenten der FDP Schweiz übernommen habe, reise ich durch die ganze Schweiz, um Ortsparteien zu besuchen und mit Mitgliedern zu sprechen. Dabei wird für mich ersichtlich, was uns die Statistik lehrt: die FDP ist in den Gemeinden stark vertreten. Hier wird unsere Politik mit Leidenschaft, Engagement und Herzblut vorangetrieben. Hier wird Demokratie gelebt.

Seit rund einem Jahr bin ich nun fast jeden Abend für die Partei unterwegs und habe in dieser Zeit unzählige Ortsparteien besucht. Und meine Tour de Suisse geht weiter, bis im Oktober bin ich bereits weitgehend ausgebuht. Ortsparteien, die mich zu sich einladen möchten, tun also gut daran, sich frühzeitig bei mir oder im Generalsekretariat für einen Termin zu melden.

Der Besuch bei Ortsparteien ist immer wieder spannend und bereichernd. Hier erlebe ich ungefilterte Emotionen, welche die Politik auslösen kann und welche es auch braucht, um erfolgreich und bürgernah Politik zu machen. Die Rückmeldungen aus den Reihen unserer Mitglieder sind ein Faktor, den ich bei den Besuchen in den Ortsparteien besonders schätze. Dieser direkte, ungefilterte Austausch hilft mir zu überprüfen, ob unsere Politik die Basis erreicht, lässt mich den Puls der Bevölkerung spüren.

Mit Emotionen, Mut und Verstand

Ich bewundere und schätze den Einsatz, den unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Ortsparteien leisten, sehr. Meist ohne Entschädigung in-

vestieren sie ihre Freizeit neben Beruf, Familie und weiteren Hobbys, um sich für die FDP zu engagieren. Sei es im Vorstand, in einer Kommission oder einem Parlament – die Arbeit, die die FDPler leisten, ist unbezahlbar und ohne sie würde unser Land nicht dort stehen, wo es heute steht. Unsere Mitglieder sind Menschen, die mit Emotionen, Mut, Verstand und Leidenschaft für die Gemeinschaft, ihre Gemeinde, ihren Kanton eintreten. Menschen, die Politik nicht nur machen, sondern leben.

Too big to fail

Seit Jahren ist die FDP die Partei, die die kantonalen und kommunalen Regierungen prägt. Wir stellen mit Ab-

stand am meisten Mitglieder der Exekutive. Glaubwürdige Köpfe, kompetente Politikerinnen und Politiker, vertrauenswürdige Chrupfer. Auch in den Parlamenten ist die FDP eine starke, engagierte Kraft. Sowohl kommunal wie auch kantonal stellen wir am zweitmeisten Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Wir sind eine unverzichtbare Säule der Schweiz. Wir sind sozusagen «too big to fail».



Philipp Müller schaut auf ein bewegtes Jahr als Präsident der FDP Schweiz zurück und freut sich auf die kommenden Aufgaben.

Nicht auf den Lorbeeren ausruhen

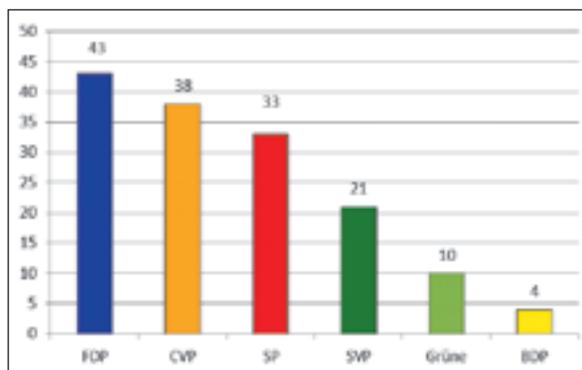
Doch die vergangenen Wahlen haben gezeigt: Auf den Lorbeeren auszuruhen, können wir uns nicht erlauben. Immer noch üben die neuen Parteien auf die Wählerschaft einen Reiz aus, ohne konkret einen Leistungsausweis vorzeigen zu können. Dies kostet uns Sitze und Wähleranteile. Es gilt also weiterhin der Wählerschaft aufzuzeigen, dass die FDP sich verlässlich, kompetent und konsequent für eine bürgerliche, vernünftige Politik einsetzt.

Eigenverantwortung und liberale Werte sind heute dringender denn je. Die Angriffe auf die Grundwerte der Schweiz kommen nicht nur aus dem Ausland mit übertriebenen Forderungen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Steuerdaten unserer Bürger. Auch im Inland greifen Links und Rechts die Grundpfeiler unseres Wohlstandes an.

Wahl zwischen liberaler Schweiz und Umverteilung oder Abschottung

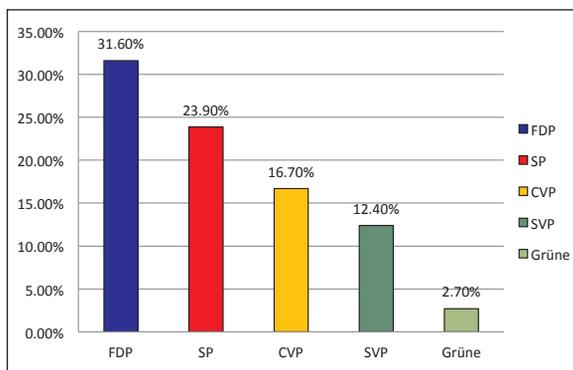
Während die Rechte einmal mehr die Käseglocke über unser Land stülpen will, greift die Linke mit immer abstruseren Umverteilungsideen das urschweizerische Prinzip der Eigenverantwortung an. Doch die FDP sagt diesen Angriffen auf das Erfolgsmodell Schweiz den Kampf an. Wir – und damit meine ich alle FDP-Vertreterinnen und Vertreter auf allen Stufen – werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich Leistung lohnt, dass Eigenverantwortung vor staatlicher Bevormundung kommt. Dabei geht es um nichts weniger als die Kernfrage, ob es uns gelingt, das heute so erfolgreiche Modell einer freiheitlichen, liberalen Schweiz in die Zukunft zu bringen. Dafür kämpfen wir. Das verspreche ich Ihnen als Ihr Präsident.

Anzahl Regierungsräte



Anzahl Regierungsräte: Die FDP-Regierungsrätinnen und -Regierungsräte sind unser Aushängeschild in den Kantonen.

Exekutiven in den Gemeinden



Exekutiven in den Schweizer Gemeinden: Die FDP stellt mit Abstand am meisten Regierungsmitglieder in den Gemeinden.

Positionspapier

Eine pragmatische Einwanderungspolitik

Das an der Delegiertenversammlung in Baden verabschiedete Positionspapier «Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik» nimmt sich der Problematik des Bevölkerungswachstums und der hohen Einwanderung an. Die FDP engagiert sich für den Erhalt der Personenfreizügigkeit, die Teil unseres bewährten bilateralen Wegs ist. Um die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit bei der Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten, sind unsere 12 Forderungen entschieden umzusetzen.

Karin Keller-Sutter,
Ständerätin SG

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland: Jährlich kommen rund 140 000 Menschen neu in unser Land. Davon stammen rund 40 000 Personen aus Drittstaaten. Während die Erwerbsquote bei Angehörigen aus EU-Staaten bei gegen 70 Prozent liegt, beträgt sie bei Personen aus Drittstaaten weniger als 20 Prozent. All diese Personen können von unseren Sozialwerken profitieren: 45,7 Prozent der Sozialhilfebezüger sind Ausländer (31,5 Prozent aus Drittstaaten und nur 13,2 Prozent aus EU-27 und EFTA-Ländern).

Es ist erklärtes Ziel der FDP Schweiz, die Personenfreizügigkeit zu erhalten. Sie ist das Schlüsseldossier der bilateralen Abkommen und somit für den zukünftigen Erhalt des schweizerischen Wohlstands von zentraler Bedeutung. Um die Zustimmung der Bevölkerung zur Personenfreizügigkeit zu erhalten, sind Massnahmen nötig, welche die internationalen Abkommen nicht betreffen, die humanitäre Tradition der Schweiz nicht vernachlässigen, aber trotzdem wirkungsvoll sind. Die FDP hat in ihrem Positionspapier 12 harte, aber faire Massnahmen aufgezeigt.

Forderungen im Bereich der Personenfreizügigkeit

Im Rahmen der Personenfreizügigkeit stellen wir vier Forderungen, die primär darauf abzielen, sicherzustellen, dass die eingewanderten Personen keine Sozialhilfeleistungen beanspruchen müssen und die richtigen Bewilligungen erhalten. So soll vor der erstmaligen Erteilung einer 5-Jahres-Bewilligung geprüft werden, ob die konkreten Umstände auf die Aufrecht-



Ständerätin Karin Keller-Sutter erklärt an der Delegiertenversammlung die Forderungen der FDP.

erhaltung eines Arbeitsverhältnisses von über einem Jahr schliessen lassen.

Bei eingewanderten Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, sollen die Bewilligungen nicht verlängert oder widerrufen werden. Zudem fordert die FDP, Neueingewanderte von der Sozialhilfe auszuschliessen. Wir müssen die schweizerischen Sozialwerke vor Missbrauch schützen.

Forderungen im Bereich des übrigen Ausländerrechts

Die Bereitschaft zur Integration ist für die FDP ein zentraler Punkt bei der Zuwanderung aus Drittstaaten. Sie soll, wie auch die Fähigkeit zur Integration, geprüft werden. Zudem soll der Familiennachzug nur möglich sein, wenn die um Familiennachzug ersuchende Person über genügend finanzielle Mittel, genügend Wohnraum und ein gesichertes Einkommen verfügt.

In der heutigen Praxis der Regelung von Familiennachzug gibt es viele Schlupflöcher. Diese will die FDP mit verschärften Massnahmen stopfen. So sollen beispielsweise auch bisher vorläufig Aufgenommene ihren Status verlieren können, wenn sie sich beim Familiennachzug nicht an unsere Gesetze halten.

Hart, aber fair – eine pragmatische Einwanderungspolitik

Bereits im Wahlkampf 2011 machte sich die FDP für eine harte, aber faire Einwanderungspolitik stark. Das Anfang Mai in Baden verabschiedete Positionspapier setzt diese Politik fort. Mit den aufgestellten Forderungen

wollen wir vor allem die Einwanderung aus Staaten, die nicht der EU oder der EFTA angehören, reduzieren.

Mit den aufgestellten Forderungen beweisen wir, dass wir die Augen vor der bestehenden Problematik nicht verschliessen. Wir unterstützen den freien Personenverkehr, wollen aber alle Möglichkeiten, die das Freizügigkeitsabkommen im Bereich der Umsetzung bietet, konsequent nutzen. Dazu gehört eine eigenständige Rechtsprechung statt voreilender Gehorsam: Die Schweiz soll in ihrer Gesetzgebung die europäischen Richtlinien sowie die Anordnungen des Europäischen Gerichtshofs nicht automatisch übernehmen.



Um die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit sicherzustellen, muss die Einwanderung vor allem aus Drittstaaten reduziert werden.

Asylgesetzrevision

Darum sagen wir Ja zur Revision des Asylgesetzes

Die heutigen Verfahren im Asylgesetz sind kompliziert, unübersichtlich und dauern zu lange. Die anstehende Revision bringt die richtigen Massnahmen, um Ordnung im Asylgesetz zu schaffen. Mit ihrem klaren Ja zur Revision setzt sich die FDP weiterhin für eine harte, aber faire Einwanderungspolitik ein.

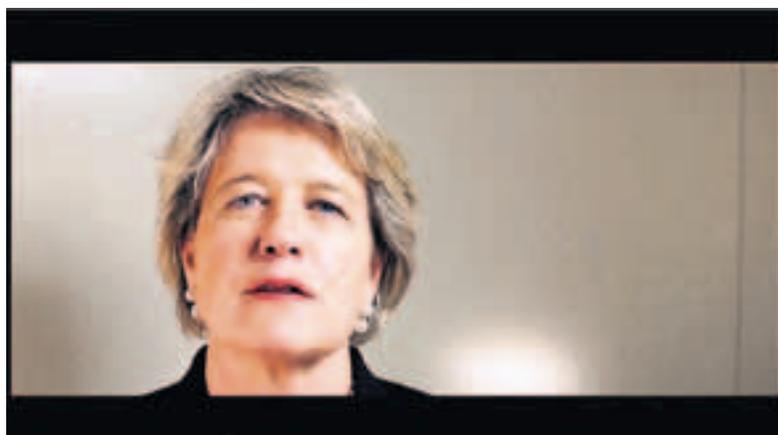
Auch unsere nationalen Parlamentarier sprechen sich für die Revision des Asylgesetzes aus. Mittels Video-Botschaften wenden sie sich direkt an die Bevölkerung und erklären, aus welchen Gründen sie der Revision zustimmen.

Die Videos können unter www.youtube.com/FDPSchweiz angesehen werden. Sie sind auch auf den Facebook-Seiten der jeweiligen Kantone und der FDP Schweiz zu finden.



Hans Altherr, Ständerat Appenzell Ausserrhoden

«Heute kann ein abgewiesener Asylbewerber in der Schweiz noch durchschnittlich vier Jahre lang bleiben. Das ist zu lange. Diese Frist müssen wir verkürzen.»



Corina Eichenberger, Nationalrätin Aargau

«Zu lange Asylverfahren schaffen Anreize unterzutauschen. Dies wollen wir nicht.»



Doris Fiala, Nationalrätin Zürich

«Nur zügige und schnelle Asylgesetzverfahren können weiteren Missbrauch verhindern.»



Felix Gutwiller, Ständerat Zürich

«Ein grosses Problem sind Wirtschaftsflüchtlinge, die sich erst nach der Ankunft in der Schweiz politisch betätigen, um dann als politische Flüchtlinge zu gelten. Dies ist Missbrauch, das muss man unterbinden.»

Hart, aber fair

JA zu einem tragbaren Asylwesen

Die Schweiz ist weit entfernt von einem gut laufenden Asylwesen. Die Gesuchszahlen steigen, die Verfahren dauern viel zu lange und die Gewaltbereitschaft gewisser Asylsuchender strapaziert das System aufs Äusserste. Als Antwort auf diese wachsenden Probleme wurden die dringlichen Änderungen des Asylgesetzes beschlossen, über die am 9. Juni abgestimmt wird. Sagen wir Ja zu diesen absolut notwendigen Verbesserungen unseres Asylwesens!

Christine Egerszegi,
Ständerätin AG



«Es geht darum, den Vollzug zu verbessern, ohne die humanitäre Tradition der Schweiz zu gefährden.» Christine Egerszegi, Ständerätin Aargau.

Das Anprangern der zu langen Fristen ist keinesfalls Polemik, sondern krasse Tatsache: Vor dieser Asylrechtsrevision dauerten die Behandlungsfristen von der Gesuchseinreichung bis zum Entscheid mit Rechtskraft im ordentlichen Verfahren mit positivem Entscheid durchschnittlich 336 Tage, mit Verfahren mit Beschwerden 400 bis 500 Tage, in schweren Fällen 800 bis 900 Tage. Abgewiesene Asylbewerber blieben unter Ausschöpfung aller Verfahrensmöglichkeiten im Schnitt gar bis zu vier Jahren in der Schweiz!

Gleichzeitig gibt es immer mehr Asylbewerber, vor allem aus Nordafrika, die Straftaten begehen. Diese Situation ist untragbar und schadet dem Status und der Akzeptanz jener Asylsuchender, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Vor diesen Tatsachen können wir die Augen nicht mehr länger verschliessen – das revidierte Asylgesetz hält gute Lösungen bereit.

Klare Grenzen für renitente Asylbewerber

Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören, belasten nicht nur ihre jeweilige Wohngemeinde, sondern auch die anderen Mitbewohner in den Unterkünften. Die dringlichen Massnahmen sehen vor, dass renitente Asylsuchende neu in besonderen Zentren mit einer strengeren Hausordnung untergebracht werden können. Ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt und die Betroffenen erhalten weniger bis gar keine finanziellen Leistungen.

Kürzere Fristen für ein effizienteres Asylwesen

Die lange Dauer bis zum Asylbescheid ist für alle Beteiligten eine Zumutung: Je länger die Verfahren gehen, umso mehr sind die Asylsuchenden integriert, und umso grösser ist aber auch die Anzahl Untergetauchter.

Dank dieser dringlichen Revision können Verfahren schneller durchgeführt und abgeschlossen werden.

Die Beschwerdefrist für Personen aus sicheren Drittstaaten wird auf fünf Arbeitstage reduziert und das Bundesverwaltungsgericht muss ebenfalls innerhalb von fünf Arbeitstagen über die Beschwerden entscheiden. Das hat bereits zu einem Rückgang von Gesuchen aus sogenannten sicheren Staaten geführt. Überdies kann der Bundesrat während einer maximal zweijährigen Testphase verbesserte Abläufe testen. Parallel zu dieser Verfahrensbeschleunigung wird der Rechtsschutz für mittellose

Personen mit aussichtsreichem Asylgesuch verbessert.

Verbesserungen in der Organisation

Die Asylgesetzrevision bringt damit in erster Linie Verbesserungen bei der Organisation des Asylwesens. Es geht darum, den Vollzug zu verbessern, ohne die humanitäre Tradition der Schweiz zu gefährden. Es ist ein wichtiger Schritt zu Verbesserungen und der nächste muss mit dem Aufbau von Bundeszentren zur schnellen Abklärung an Ort noch – wie angekündigt – in diesem Jahr folgen. Sagen wir daher am 9. Juni Ja zu einem funktionierenden Asylwesen und Ja zu einer harten, aber fairen Asylpolitik – aus Liebe zur Schweiz.

Heute können abgewiesene Asylbewerber unter Ausschöpfung aller Verfahrensmöglichkeiten bis zu vier Jahre in der Schweiz bleiben. Die Behandlungsfristen für Verfahren müssen drastisch verkürzt werden.



Initiative zur Volkswahl des Bundesrates

Darum sagen wir Nein zur Volkswahl

Ein Dauerwahlkampf im Bundesrat, Benachteiligung kleiner Kantone – für die FDP-Fraktion ist klar, dass eine Volkswahl des Bundesrates nur Nachteile bringen würde. Sie setzt sich daher mit persönlichen Statements gegen die Initiative der SVP ein.

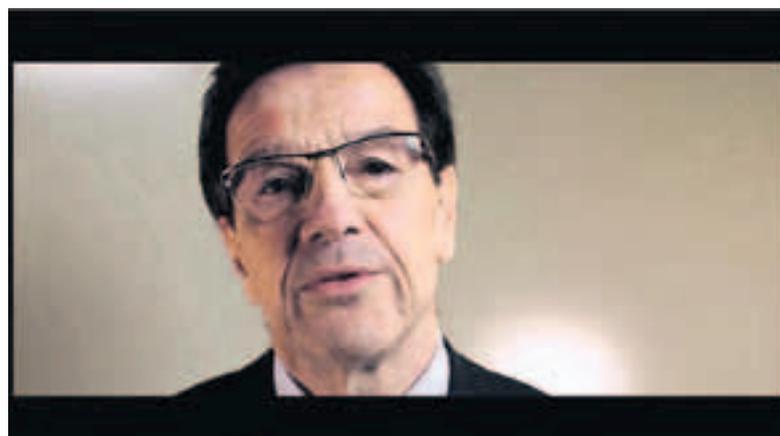
Die Volksinitiative zur Wahl des Bundesrates durch das Volk bedroht die Stabilität der Schweiz. Dieses Risiko wollen auch die FDP-National- und -Ständeräte nicht eingehen. Sie setzen sich daher persönlich gegen diese schädliche Initiative ein. Die Statements von Christian Wasserfallen, Bruno Pezzatti, Da-

niel Stolz und Gabi Huber sowie weiteren Parlamentarierinnen und Parlamentarier finden Sie hier: www.youtube.com/FDPSchweiz oder auf den Facebook-Seiten der Kantone und der FDP Schweiz.



Christian Wasserfallen, Nationalrat Bern

«Wir wollen nicht, dass Bundesräte dauernd um ihre Wiederwahl kämpfen, sondern die Probleme unseres Landes lösen.»



Bruno Pezzatti, Nationalrat Zug

«Mit einer Volkswahl des Bundesrates wären bevölkerungsstarke Kantone, wie beispielsweise der Kanton Zürich, stark im Vorteil. Kleine Kantone wie Zug hätten kaum mehr eine Chance auf einen Bundesrat.»



Daniel Stolz, Nationalrat Basel

«Unsere Bundesräte müssen nicht die besten Ergebnisse bei Meinungsumfragen haben, aber sie müssen ihre Politik nach dem langfristigen Wohl unseres Landes ausrichten – aus Liebe zur Schweiz.»



Gabi Huber, Nationalrätin Uri

«Wir wollen, dass unsere Bundesräte auch in Zukunft glaubwürdig sind und für das Land krampfen, anstatt ständig Wahlkampf zu machen.»

Nein zur Volkswahl

Was sich bewährt hat, soll nicht ohne Not geändert werden

Seit 165 Jahren ist für Schweizerinnen und Schweizer politische Stabilität kein Fremdwort, sondern wir erfahren sie täglich. Sie ist das Fundament unseres heutigen Wohlstands, ein wertvolles Gut, das geschützt werden muss. Mit ihrer populistischen Initiative zur Volkswahl des Bundesrates sägt die SVP an genau diesem Fundament. Daher braucht es am 9. Juni ein deutliches Nein zu diesem schädlichen Vorhaben!

Kurt Fluri,
Nationalrat SO

Ausbalanciertes Kräftegleichgewicht

Die Basis unserer politischen Stabilität ist das ausbalancierte Kräftegleichgewicht zwischen Bundesrat, Parlament und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Die bestehenden Volksrechte erlauben eine effiziente Kontrolle von Parlament und Bundesrat – Initiative, Referendum und regelmässige Volksabstimmungen sind schlagkräftige Instrumente.

Zusätzlich wird der Bundesrat schon heute durch das Volk gewählt, nämlich durch die demokratisch gewählten Parlamentarier als Volksvertreter! Im Rahmen dieses Gleichgewichts garantiert die Wahl des Bundesrates durch das Parlament eine stabile Regierung sowohl durch die Sicherstellung der Konkordanz wie auch durch die personelle Zusammensetzung.

Politische Stabilität als Standortfaktor

Wir kennen zum Glück kein Oppositionssystem, in dem zwei Seiten ihre Energie dafür aufwenden, gegeneinander zu arbeiten. Wir haben kein System, in dem die neu gewählte Regierung als Erstes alle Entscheide ihrer Vorgängerin rückgängig macht.

Nein, unser bewährtes System der Zusammenarbeit schafft stabile Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit. Sowohl Bürgerinnen und Bürger wie auch Unternehmen können sich auf einmal getroffene Entscheidungen verlassen.



«Wir dürfen unsere politische Stabilität nicht einem Wahlkampfespektakel opfern!», Nationalrat Kurt Fluri setzt sich dezidiert gegen die Initiative zur Volkswahl des Bundesrates ein.

Dies ist ein entscheidender Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Schweiz und mitverantwortlich für dessen Erfolg. Ihm verdanken wir viele Arbeitsplätze! Mit einer Volkswahl des Bundesrates würden wir grundlos

einen unserer besten Standortfaktoren aufgeben – ein Entscheid, den wir uns nicht leisten können!

Italien als Vorbild der SVP?

Man muss nicht weit suchen, um die

Konsequenzen einer Volkswahl des Bundesrates zu sehen. Italien und Frankreich sind Paradebeispiele eines instabilen politischen Systems mit ständigen Regierungswechseln. Keine Regierung will an den Projekten der alten Regierung weiterarbeiten, unpopuläre Gesetze werden rückgängig gemacht. Zusammenarbeit wird aus Opportunismus verweigert, und Rechtssicherheit verkommt zur Floskel.

Der Spassfaktor von Regierungskandidaten wird zum Entscheidkriterium, Komiker haben reelle Wahlchancen, da die Bürgerinnen und Bürger ihre Regierung nicht mehr ernst nehmen. Wir dürfen unsere politische Stabilität nicht einem solchen Wahlkampfespektakel opfern!

Es erstaunt, dass gerade die SVP, die so oft die Vorteile der Schweiz gegenüber anderen Ländern betont, nun genau diese aus parteipolitischen Überlegungen aufs Spiel setzt. Die Abwahl von Christoph Blocher darf nicht dazu führen, dass wir im politischen Chaos unserer Nachbarstaaten versinken!

Bewährtes aufs Spiel setzen?

Eine Volkswahl des Bundesrates würde unser eingespieltes System auf Kosten der Stabilität durchschütteln.

Wir bekennen uns zu unserer politischen Stabilität und setzen ein klares Zeichen gegen populistische Versuche, dieses System zu zerstören. Setzen wir Bewährtes nicht aufs Spiel, sagen wir am 9. Juni Nein zur Volkswahl des Bundesrates – **aus Liebe zur Schweiz.**

Schutz der Privatsphäre

Wie ein Fels in der Brandung

Seit Monaten wird den Bürgerinnen und Bürgern auf allen Kanälen praktisch täglich eingetrichtert, das Bankgeheimnis sei futsch, der Informationsaustausch unumgänglich, die Abgeltungssteuer gestorben, unser Land praktisch in einer ausweglosen Lage und dem Ausland hilflos ausgeliefert. Kunterbunt werden das Verhältnis der Schweiz zum Ausland und die Situation im Inland vermischt. Selbst bürgerliche Parteivertreter propagieren mittlerweile unverfroren sogar den gläsernen Bürger im Inland. Für die *FDP.Die Liberalen* aber gilt: In der Ruhe liegt die Kraft! Wir haben 2009 und 2010 als erste Partei eine Finanzplatzstrategie beschlossen. Die Grundsätze von damals verteidigen wir auch heute und stehen damit wie ein Fels in der Brandung – **aus Liebe zur Schweiz.**

Gabi Huber, Fraktionspräsidentin und Nationalrätin UR

Bereits 2009 und 2010 haben die Delegierten der *FDP.Die Liberalen* ihre Position zur zukünftigen Finanzplatzstrategie als erste Partei gefasst und dargelegt. Für uns sind fünf Grundsätze entscheidend:

- › Die FDP setzt sich für einen sauberen und starken Finanz- und Werkplatz Schweiz ein.
- › Alle Bürger haben ihre Steuern ordnungsgemäss zu zahlen. Die Verantwortung hierfür liegt beim Bürger. Missbräuche im In- und Ausland soll der Staat weiterhin streng ahnden.
- › Alle Banken haben die ordnungsgemässe Versteuerung durch den Bürger zu unterstützen. Steuerhinterziehung darf nicht unterstützt werden.
- › Für die FDP ist und bleibt der Schutz der Privatsphäre zentral. Eine Einführung des gläsernen Bürgers wird abgelehnt. Die Steuerehrlichkeit in der Schweiz ist hoch. Das Bankkundengeheimnis soll weiterhin gelten.
- › Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Schweiz gegenüber dem Ausland selbstbewusst auftritt und ihre guten Leistungen und Standards besser vermarktet. Für Schweizer Finanzinstitute ist ein möglichst umfassender Zugang zu allen wichtigen Märkten auszuhandeln. Die Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz sind zu verbessern.

Ja zum Schutz der Privatsphäre im Inland

Diese Grundsätze sind brandaktuell, gerade auch, was den Schutz der Pri-



«Die FDP hat als erste Partei eine Finanzplatzstrategie beschlossen, und diese Grundsätze verteidigen wir auch heute noch.» Gabi Huber, Nationalrätin Uri.

vatsphäre im Inland betrifft. Um die Spielregeln endgültig zu klären, hat die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten Anfang Mai einstimmig beschlossen, die überparteilich lancierte Volksinitiative «Ja zur Privatsphäre» zu unterstützen. Im Co-Präsi-

dium des Initiativkomitees sind neben SVP- und CVP-Exponenten auch drei Mitglieder der FDP-Liberale Fraktion vertreten.

Mit der Initiative soll neu ausdrücklich auch die finanzielle Privatsphäre geschützt werden. Damit werden konkret der automatische Informationsaustausch (AIA) im Inland ausgeschlossen und das Bankkundengeheimnis für Personen mit Sitz im Inland gewahrt, wie sich dies übrigens auch die EU-Länder Luxemburg und Österreich für ihre Bürger vorbehalten haben.

Es geht aber eigentlich um viel mehr als um das Bankkundengeheimnis. Es geht um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, das in unserem Land tief verwurzelt ist und auf Selbstverantwortung beruht. Es geht nicht an, dass die Bürger vom Staat in immer mehr

Lebensbereichen verdächtigt werden, sie seien ständig am Delinquieren.

Unser Parteipräsident brachte es kürzlich auf den Punkt: Die Schweiz steht in einem Kampf um die freiheitlichen Werte, die unser Land stark und seine Bewohner wohlhabend gemacht

haben. Im Steuerbereich soll weiterhin auf Selbstdenkulation und Steuerehrlichkeit sowie die Möglichkeit der direkten Kontaktnahme mit den Steuerbehörden gesetzt werden. Umgekehrt definiert die Volksinitiative aber auch ganz klar, wann der Anspruch auf Schutz der finanziellen Privatsphäre eben gerade nicht geltend gemacht werden kann. Missbräuche sollen auch im Inland hart bestraft werden.

Klare Ansagen ans Ausland

Die Finanzmarktpolitik des Gesamtbundesrates vom Dezember 2012 beinhaltet im Steuerbereich gegenüber dem Ausland nach wie vor die von der FDP lancierte Abgeltungssteuer. Nur scheinen sich mit Ausnahme der FDP-Bundesräte nicht mehr alle Mitglieder daran zu erinnern. Die Schweiz hat als Nicht-EU Land überhaupt keinen Anlass, in vorauseilendem Gehorsam und ohne konkrete Gegenleistungen Richtung AIA vorzupreschen. Selbst die Finanzministerin bezweifelt neuerdings, dass sich die 34 OECD-Länder rasch auf die Einführung eines AIA einigen können, insbesondere wäre nach einem allfälligen Grundsatzentscheid mit einer langwierigen Umsetzung zu rechnen.

Der AIA ist weit entfernt von einem internationalen Standard. Wenn der Gesamtbundesrat seine Strategie vom letzten Dezember ändern will, müsste er das vorgängig mit dem Parlament und den Parteien gründlich vorbereiten und absprechen. Es darf nicht passieren, dass in der OECD geschwiegen wird und zu Hause einfach vollendete Tatsachen kommuniziert werden.

Volksinitiative

JA zum Schutz der Privatsphäre

Für die FDP war der Schutz der Privatsphäre der Schweizerinnen und Schweizer schon immer ein hohes Gebot. Es ist daher nur verständlich, dass die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten in ihrer Sitzung Anfang Mai fast einstimmig die Unterstützung der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» beschlossen hat. Es ist nun an uns allen, mit einer zügigen Unterschriftensammlung zum baldigen Zustandekommen dieser nötigen Initiative beizutragen.

Anfang Juni wird die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» lanciert. Ab dann geht es darum, möglichst schnell – am besten bis Ende Jahr – die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzutragen. In der aktuellen Debatte muss ein klares Zeichen gesetzt werden, dass wir uns dem internationalen Trend nach staatlicher Totalkontrolle nicht anpassen werden.

Einzigste Möglichkeit die Privatsphäre zu schützen

Die FDP hat sich immer gegen einen Verfassungsartikel zum Bahnkundengeheimnis gewehrt. Die letzten Wochen haben aber gezeigt, dass dies die einzige Möglichkeit ist, den Schutz der finanziellen Privatsphäre langfristig zu wahren. Die Bestrebungen von geringen Politikern lässt dies als letzte Alternative offen, das einzigartige Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger zu bewahren.

FDP beteiligt sich intensiv an der Unterschriftensammlung

Um die benötigten 100 000 Unterschriften innert möglichst kurzer Frist zusammenzubekommen, sind wir auch auf Ihre Hilfe angewiesen. Unterschriftenbögen im FDP-Design können bereits jetzt bestellt werden, sodass sie gleich nach der Lancierung bei Ihnen zu Hause sind und Sie mit dem Sammeln beginnen können. Bestellen Sie die Unterschriftenbögen noch heute unter www.fdp.ch/privatsphaere.

Sammeln können nicht nur Kantonal- oder Ortsparteien, auch jedes einzelne Mitglied kann in seinem persönlichen Umfeld sammeln. Sammeln Sie bei Ihren Nachbarn, in der Familie, in der Freizeit! Auf der er-

Helfen Sie uns sammeln!

Wir brauchen Ihre Unterstützung!
Gehen Sie mit uns auf die Strasse, sammeln Sie
in Ihrem persönlichen Umfeld!

Unterschriftenbögen können Sie bereits jetzt bestellen
unter www.fdp.ch/privatsphaere!

Teilen Sie uns mit, wo Sie ab Juni sammeln gehen, und
wir tun unser Bestes, um Sie dabei zu unterstützen!

Ab 50 gesammelten Unterschriften erhalten Sie oder
Ihre Ortspartei 2 Franken pro Unterschrift.

wählten Homepage finden Sie auch Argumentarien und Tipps zum effektiven Sammeln. Ihr Einsatz wird be-

lohnt: Ab 50 gesammelten Unterschriften bezahlen wir für jede Unterschrift 2 Franken. Ihre gesammelten



Gehen Sie mit uns auf die Strasse – zur Bevölkerung, um möglichst viele Unterschriften für die wichtige Initiative zu sammeln!

Unterschriften können Sie in mehreren Etappen einsenden, wir werden diese für Sie zusammenzählen und Ihnen den entsprechenden Betrag vergüten. Damit können Orts- und Kantonalparteien einfach ihre Wahlkampfboxen aufbessern und sich beim Bürger zeigen.

Die Zeit drängt

Uns bleibt nicht viel Zeit, den Privatsphärenschutz im Inland sicherzustellen: Anfang Juni sind bereits weitere Schritte zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs sowohl im Inland wie auch im Ausland geplant. Diese ursprünglich linke Forderung des gläsernen Bürgers wurde von Evelyn Widmer-Schlumpf übernommen. Sie verfolgt dieses Ziel nun akribisch und in kleinen, unauffälligen Schritten. Der Bürger soll langsam aber stetig auf diesen drastischen Einschnitt in seine Privatsphäre vorbereitet werden, ohne dass er merkt, was eigentlich vor sich geht. Die nächsten Schritte sind bereits geplant: Im Juni scheint die Arbeitsgruppe Brunetti einen Expertenbericht in diese Richtung zu veröffentlichen. Zu befürchten ist, dass sie den automatischen Informationsausgleich einzuführen vorschlägt. Dies nur wenige Tage vor einer Sonderdebatte zu diesem Thema in der Sommersession. Auch die CVP weicht immer mehr vom bürgerlichen Kurs ab, um der linken Kritik zu entgehen, und die BDP ist sowieso nur die Speerspitze der Finanzministerin. Die Initiative kommt also gerade noch rechtzeitig, um diese gefährliche Tendenz zu stoppen. Umso wichtiger ist es aber, dass wir die nötigen Unterschriften so rasch als möglich einreichen können. Dabei sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen!

FDP

Die Liberalen

Bewährtes aufs Spiel setzen?



Wahlzettel

Bundesrat

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 1 | <i>Ständiger Streit im Bundesrat</i> |
| 2 | <i>Stabilität opfern</i> |
| 3 | <i>Keine Tessiner Bundesräte mehr</i> |

AM 9. JUNI

NEIN! zur
Volkswahl Bundesrat